

(Senatorin Cornelia Yzer)

Ich danke insbesondere auch den Medien, die die „Lange Nacht der Industrie“ gut aufgegriffen und damit dazu beigetragen haben, dass über den unmittelbaren Teilnehmerkreis hinaus die Botschaft in eine breite Öffentlichkeit geht, dass der Industriestandort Berlin wieder da ist. Sicherlich auch ein interessanter Aspekt: Bei der gestrigen Pressekonferenz, die wir am Morgen gemeinsam mit der TU und beteiligten Unternehmen durchgeführt haben, waren auch Vertreter ausländischer Wirtschaftsförderungsgesellschaften zugegen, die sich das Ganze ansehen wollten, um zu sehen, ob hier nicht ein Best-Practice-Beispiel gegeben ist, wie man Industrie in der Breite öffentlich darstellen kann.

Unterm Strich gesehen haben wir damit nicht nur innerhalb der Stadt einen Impuls für den Industriestandort gegeben – was natürlich ein wesentliches Anliegen war –, sondern auch über Berlin hinaus gewirkt, um den Industriestandort zu positionieren. Dies ist durch ein breites Bündnis aus Industrie, Gewerkschaften und Politik gelungen, das sich hier zusammengefunden hatte, um den Industriestandort gemeinsam zu bewerben. Deshalb haben wir als Senatsverwaltung für Wirtschaft dies auch gerne finanziell unterstützt.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Nachfragen gibt es nicht. Die Fragestunde ist damit beendet.

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Gott sei Dank!]

Die heute nicht beantworteten Anfragen werden gemäß § 51 unserer Geschäftsordnung mit einer Beantwortungsfrist von einer Woche schriftlich beantwortet.

Ich rufe auf

1fd. Nr. 2:

Spontane Fragestunde

gemäß § 51 Abs. 7 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Zuerst erfolgen die Wortmeldungen nach der Stärke der Fraktionen mit je einer Fragestellung. Es beginnt der Kollege Schneider von der SPD-Fraktion. – Bitte schön, Herr Kollege!

Torsten Schneider (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Finanzsenator: Inwieweit treffen Berichterstattungen der Presse zu, dass Sie die erfolgreiche Koalitionsstrategie des Rückkaufs der Wasseranteile jetzt mit Veolia schlussverhandeln?

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Das stand da nicht in der Presse!]

Senator Dr. Ulrich Nußbaum (Senatsverwaltung für Finanzen):

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Abgeordneter Schneider! In der Tat – wir haben ja gestern im Hauptausschuss darüber gesprochen –

[Uwe Doering (LINKE): Ach doch, ganz spontan!]

hat Veolia uns schriftlich angeboten, die Anteile, die sie noch an den Wasserbetrieben halten, zu veräußern. Das ist insofern erfreulich, als Sie wissen, dass das damals nicht der Fall war. Als wir vor zwei Jahren angefangen haben, das Thema Rückkauf der Wasserbetriebe ernsthafter anzugehen, indem wir mit RWE verhandelt und gesprochen haben,

[Zuruf von Ajibola Olalowo (GRÜNE)]

war nicht absehbar, dass es gelingt. Es hat ja dann auch über ein Jahr gedauert, das Thema mit RWE abzuschließen.

Veolia hatte im letzten Jahr nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ebenfalls seine Anteile zu veräußern, zum Teil aus unterschiedlichen strategischen Überlegungen heraus, aber auch – möglicherweise – in der Hoffnung, günstigeren Konditionen zu erreichen. Wir haben nach dem Rückkauf der RWE-Anteile immer darauf gesetzt, dass man das Ziel Rückkauf der Wasserbetriebe insgesamt möglicherweise nicht in einem großen Schritt hinbekommt, sondern dass man das in zwei Schritten machen muss und zunächst aus dem privaten Gefüge einen Baustein herausbricht – in dem Fall RWE –, um dann an einen zweiten Baustein – Veolia – heranzukommen. Ich sage das deshalb, weil Sie es ja auch gestern thematisiert haben: Es geht immer auch darum, einen vernünftigen Kaufpreis zu erzielen. Mit viel Geld kann man vieles zurückkaufen, aber unser Anliegen ist es ja, einen Preis zu zahlen, der vertretbar ist, der auch berücksichtigt, dass es nicht nur um einen Kaufpreis geht, sondern dass ein Schiedsverfahren anhängig ist, das einen Streitwert von 350 Millionen Euro hat und das mit einem Rückkauf der Anteile – so wie bei RWE auch bei Veolia – natürlich mit abgelöst und abgegolten werden muss. All das reflektiert sich dann in einem sogenannten Kaufpreis.

Das Angebot liegt seit April vor. Veolia hatte zunächst noch andere Modelle ins Spiel gebracht wie die Rücknahme der Beteiligung auf 10 Prozent, auf 5 Prozent. Es sind unterschiedliche Varianten diskutiert worden. Nunmehr hat man eingesehen, dass es vielleicht nicht so klug ist, mit 24,9 Prozent weiterhin in dieser Gesellschaft zu sein, und dass der industrielle, der unternehmerische Beitrag, den man leisten kann, vielleicht nur begrenzt ist. Ich denke, man sollte dieses Zeitfenster nutzen, um die Verhandlungen respektive Gespräche zügig voranzutreiben. Es wird auf der Basis der RWE-Verträge verhandelt, aber natürlich mit offenem Preis. Wir werden sehen, ob wir da zu einem Ergebnis kommen, das wir dem Par-

(Senator Dr. Ulrich Nußbaum)

lament und dem Senat zu einer Bewertung und dann zur endgültigen Beschlussfassung vorlegen können. – Vielen Dank!

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! – Für eine Nachfrage Herr Kollege Schneider!

Torsten Schneider (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Vielen Dank, Herr Senator Nußbaum! Wie bewerten Sie denn den Umstand, dass sich auch die Opposition – heute nachzulesen in der „taz“ – dieser Strategie annähert und für sich in Anspruch nimmt, das auch immer gewollt zu haben und nur hinsichtlich des Kaufpreises Bedenken geäußert zu haben, obwohl sie, die Opposition, doch eine völlig andere Strategie verfolgt hat, nämlich den Klageweg zu bestreiten? Sorgt das auch im Senat für Erheiterung?

[Zurufe von Benedikt Lux (GRÜNE)
und Stefan Gelbhaar (GRÜNE)]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Dr. Nußbaum – bitte schön!

Senator Dr. Ulrich Nußbaum (Senatsverwaltung für Finanzen):

Herr Präsident! Lieber Herr Abgeordneter Schneider! Ich habe das von hier aus nicht zu bewerten.

[Uwe Doering (LINKE): Genau! So ist es!]

Ich denke, es ist unser gemeinsames Interesse, die Wasserbetriebe zu 100 Prozent zurückzubekommen, wenn der Preis es rechtfertigt, und daran arbeiten wir.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Wir kommen jetzt zum Kollegen Freyemark von der CDU. – Bitte schön!

Danny Freyemark (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage Senator Henkel: Welche Erkenntnisse hat der Senat über den am frühen Morgen des 2. Mai 2013 auf technische Anlagen der Deutschen Bahn AG im Grunewald verübten Anschlag, der zu einem großflächigen Chaos im Bahnverkehr führte?

[Zuruf von Michael Schäfer (GRÜNE)]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Henkel, bitte schön!

Bürgermeister Frank Henkel (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Freyemark! Es trifft zu, dass in der Nacht 2. Mai durch Unbekannte mithilfe eines Brandbeschleunigers parallel zu den Gleisen verlaufende Kabelschächte und ein Verteilerkasten in Brand gesetzt wurden. Durch diese vorwiegend herbeigeführte Brandlegung kam es zu Zerstörungen von wichtigen Kabelträgern, die natürlich zu einer Beeinträchtigung auch des Bahnverkehrs geführt haben. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei haben die Ermittlungen aufgenommen. Diese laufen derzeit.

Präsident Ralf Wieland:

Eine Nachfrage? – Bitte schön, Herr Kollege!

Danny Freyemark (CDU):

Ja, vielen Dank! – Inwieweit trifft es denn zu, dass es zu diesem Anschlag ein Bekennerschreiben aus dem Bereich der linksextremen Szene gibt, und wie bewertet der Senat diesen Vorfall im Zusammenhang mit vorherigen Anschlägen auf Bahnanlagen in Berlin?

[Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator Henkel!

Bürgermeister Frank Henkel (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Wir haben am 2. Mai ein entsprechendes Schreiben auf – Herr Kollege Wolf ist nicht da, er hat es am Montag im Innenausschuss so schön gesagt – linksunten.indymedia gefunden, in dem sich eine Gruppe bekannt hat, die sich mit dem Namen „Vulkan Grímsvötn“ bezeichnet hatte. Darin war die Rede vom Grollen in den Metropolen. Es gab letztlich auch einen Bezug zum 1. Mai, vor allem einen antikapitalistischen Bezug. Es gibt auch letztlich, wenn man das so betrachtet, Parallelen zu einem ähnlichen Fall aus dem Jahr 2011. Und weil das so ist, nimmt der Berliner Senat, um Ihre Frage zu beantworten, diese Vorgänge sehr ernst.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir jetzt zum Kollegen Mutlu von den Grünen. – Bitte schön, Herr Kollege!